

Gemeinderatssitzung vom 17. Juli

FW-Fraktion stimmt gegen Erhöhung der Kindergartengebühren

Gemeinsam für die Freien-Wähler-Gemeinderäte Peter Hancke, Patricia Malcher, Klaus Schröder und Silvia Vögtle sprach sich die Fraktionssprecherin Sabine Petzold gegen eine Erhöhung der Kindergartengebühren aus.

Begründung:

Die gute Haushaltslage der Gemeinde Reilingen und der Anspruch, eine familienfreundliche Gemeinde zu sein, sowie die nahezu 20 % Kostendeckung machen die vom Gemeindetag vorgeschlagene Gebührenerhöhung nach Ansicht der Freien Wähler nicht zwingend notwendig. Eine hochwertige Betreuung der Kleinsten der Gemeinde sehen die FW auch als oberste Priorität. Sehr gute Angebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören heute zum Pflichtprogramm der Kommunen. Reilingen ist sehr gut aufgestellt und leistet mit den Ermäßigungen für Geschwisterkinder noch einen besonderen Beitrag.

Allerdings lag eine wesentlich höhere Gebührenerhöhung oder -anpassung auf dem Ratstisch, als vom Gemeindetag vorgeschlagen.

Wer nur halbtags sein Kind unterbringt, soll zukünftig 8 % für 2017 und noch einmal 3 % im Jahr 2018 mehr zahlen.

Bei der Ganztagsbetreuung fiel der Vorschlag noch höher aus, 12 % für 2017 und noch einmal 8 % für 2018. Diese unterschiedliche Behandlung der Eltern wollten die Freien Wähler nicht mittragen und stimmten dagegen.

Die Freien Wähler stimmten lediglich für die Neueinrichtung einer verkürzten Ganztagesbetreuung mit 39,5 Stunden in der Kita St. Anna zu, deren Einführung seit Jahren in dieser Einrichtung gefordert wird.

Hier stellte die Fraktionssprecherin auch fest, dass in allen anderen Kindergärten eine hohe Nachfrage für diese Betreuungsform besteht. Erstaunlicherweise nur in der Kita St. Anna nicht, wo immer wieder nur in den eigenen Reihen nachgefragt wird, ob das Angebot gewünscht wird.

Auch im Kindergartenbereich sollte es ein Controlling geben und Ausgaben hinterfragt werden, forderte die FW-Fraktion erneut. „Der hohe Standard muss gewährleistet bleiben, allerdings sollten Anschaffungen auch in diesem Bereich auf den Prüfstand!“

Leider konnten sich die Fraktionen der CDU, Grünen, SPD und FDP den Argumenten der Freien Wähler nicht anschließen und stimmten alle für die Gebührenerhöhungen.